

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

16. April 1958

256/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Ferdinanda F l o s s m a n n, M a r k, L a c k n e r und
Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Finanzierung von Zeitungen durch verstaatlichte Banken.

-.-.-.-.-

Auf Grund des Konkursöffnungsverfahrens gegen die "Bild-Telegraf"
Zeitungs- und Zeitschriftenverlags Gesellschaft m.b.H. ist in der Öffentlichkeit
erstmalig nachgewiesen worden, daß verstaatlichte Banken teils direkt, teils
durch Konzernunternehmungen Zeitungen finanzieren bzw. subventionieren und dabei
große Beträge aus ihren Eigenmitteln und Einlagen riskiert bzw. verloren haben.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die
Bundesregierung die nachstehenden

A n f r a g e n:

1. Ist die Bundesregierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, auf Grund
welcher Weisungen, Richtlinien oder Ermächtigungen die Leitungen verstaatlichter
Banken und Unternehmungen Zeitungen mittelbar oder unmittelbar finanzieren bzw.
subventionieren?

2. Ist die Bundesregierung bereit, darüber Auskunft zu erteilen, welche
Verluste in den letzten Jahren verstaatlichte Banken mittelbar oder unmittelbar
durch Finanzierung bzw. Subventionierung von Zeitungen erlitten haben?

3. Ist die Bundesregierung bereit, bekanntzugeben, welche Zeitungen und
Zeitschriften auch derzeit noch durch die verstaatlichten Banken, deren Konzernbe-
triebe durch verstaatlichte Betriebe unmittelbar oder mittelbar finanziert oder
subventioniert werden und wie groß das diesbezügliche Engagement der einzelnen
Institute bzw. Unternehmungen ist?

4. Im Konkursverfahren gegen die "Bild-Telegraf" Zeitungs- und Zeitschriften-
verlags Gesellschaft m.b.H. (Handelsgericht Wien, G.Z. 6 Nc 94/58) haben die
Geschäftsführer der Gesellschaft bei der Konkursöffnungs-tagsatzung am 24. März
d.J. nachgewiesen, daß am gleichen Tage zur Abwehr des Konkurses 5 Millionen
Schilling eingeschossen worden sind. Die Forderung der Österreichischen Länder-
bank A.G. von rund 2.1 Millionen Schilling wurde am gleichen Tag durch Barzahlung
an der Kasse der Länderbank beglichen.

Ist die Bundesregierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, ob die vor-
läufige Sanierung der "Bild-Telegraf" Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar

14. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

16. April 1958

durch eine andere verstaatlichte Großbank oder deren Konzernbetrieb erfolgt ist ?

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten die nachstehenden weiteren

A n f r a g e n:

a) In wessen Auftrag hat der ständige Rechtsvertreter des Konzernbetriebes der Creditanstalt-Bankverein "AVA" (Automobil und Warenverkehr-Anstalt Gesellschaft m.b.H.), Rechtsanwalt Dr. Schwinner, die Mitgeschäftsführung der "Bild-Telegraf" Gesellschaft m.b.H. übernommen? Wurde auch die Forderung der "AVA" von rund 1.2 Millionen Schilling am 24. März d.J. bezahlt oder wurde umgekehrt die vorläufige Sanierung der "Bild-Telegraf" Gesellschaft m.b.H. durch die "AVA" durchgeführt, deren Rechtsvertreter Dr. Schwinner bei der Konkursöffnungstagsatzung als neuer Geschäftsführer der "Bild-Telegraf" Gesellschaft mb.H. aufgetreten ist?

b) In wessen Auftrag hat der Generaldirektor der "AVA", Dr. Demuth, in der Woche vom 17. bis 24. März d.J. wiederholt versucht, Funktionäre der Österreichischen Länderbank A.G. zu veranlassen, deren im Konkursverfahren angemeldete Forderung von rund 2.1 Millionen Schilling zu reduzieren bzw. teilweise nachzulassen?
